



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern

Tümpel, Hermann

Bielefeld, 1909

Vereinigung Ravensbergs und Mindens.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82523)

Bereinigung Ravensbergs und Mindens.

Schon 1714 wurde den Drost in Ravensberg die Absicht des Königs mitgeteilt, die Grafschaft mit Minden zu vereinigen. Weder sie noch die Stände waren von dem Gedanken erbaut. Höchst charakteristisch für die ständische Anschauung ist das Schreiben der Stände von 1715. Es beginnt mit den Worten, mit denen jede Reform im Reime erstickt werden kann: In politicis gilt insonderheit die bekannte Regel, daß alle wichtige Veränderungen gefährlich sein und nichts sicherer als daß bei einer hergebrachten Einrichtung, daran die Untertanen eines Landes gewohnt sein, gelassen werde. Und wie wenig noch der Wunsch des Großen Kurfürsten, es möchten sich die einzelnen Landschaften als *membra unius capitis* fühlen, in Erfüllung gegangen war, zeigt die Behauptung, die größere Steuerkraft Ravensbergs Minden gegenüber habe eine *Jalousie*, Mißtrauen und Unvergünst der Untertanen gegeneinander verursacht und würde es den ravenbergischen Eingefessenen sehr schmerzlich sein, einer Provinz unterworfen oder kombiniert zu werden, deren Einwohner in so vielen Stücken von ihnen unterschieden seien und von denen sie solchergestalt angefeindet werden. Die Drost aber erklärten auf die Frage, ob die Grafschaft lieber mit Kleve vereinigt werden wolle, das wüßten sie nicht, indem Stände und Untertanen einmütig wünschen, daß alles in der bisherigen Verfassung möge gelassen werden.

Man ruhte die Sache einige Jahre, aber 1719 wurde sie wieder aufgenommen und auf persönliches Betreiben des Königs durchgeführt. Als die damit betrauten Minister darauf aufmerksam machten, daß nur 1259 Rtlr. erspart würden, schrieb der König: *commissariat soll Project der combinacion sonder Resonnieren machen.*

Daß Ravensberg nicht sehr erfreut war, ist begreiflich, denn im wesentlichen lief die Sache darauf hinaus, die Landschaft den mindenschen Behörden unterzuordnen.

Besonders schmerzlich wurde empfunden, daß die drei Gogerichte aufgehoben wurden; ihre Obliegenheiten erhielten teils die Amtsstuben im Ravensbergischen, teils die Regierung in Minden. Noch 1740 beim Regierungswechsel klagten die Stände über die dadurch herbeigeführte Vertenerung der Justiz. Die Stadtgerichte in Bielefeld und Herford blieben dagegen bestehen. In beiden Städten sprachen in Zivil- und Kriminalsachen der vom Landesherrn eingesetzte Richter und der Rat meist gemeinsam Recht. Ein Matrimonialgericht wurde Bielefeld 1726 bewilligt.⁵⁸⁾

Kriegs- und Domänenkammer.

Auf die sonstigen Einzelheiten der Neuordnung von 1719 gehen wir nicht ein, da sie von kurzer Dauer war und schon bald durch eine Organisation ersetzt wurde, die um so längeren Bestand hatte. Es war dies die Einrichtung der Kriegs- und Domänenkammer, die in Minden wie in anderen Landesteilen 1723 erfolgte. Das Departement der Mindener Kammer umfaßte außer Minden-Ravensberg auch Tecklenburg und Lingen.

An der Spitze der Kammer stand ein adliger Präsident, unter ihm — bürgerlichen Standes — ein oder zwei Direktoren und eine Anzahl Räte. Grund für die Neuschöpfung waren die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kommissariaten und Amtskammern gewesen, und auch in Minden hatte es an solchen nicht gefehlt. Deshalb ermahnte 1723 Friedrich Wilhelm I. bei einer Audienz den neuen Präsidenten v. Merode, der bisher beim Kommissariat, den neuen Direktor Voigt, der bei der Kammer gewesen war, sie sollten sich in Zukunft besser vertragen. Aber